

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 4/46. Jahrgang

April 2015

Schutzgebühr: 0,40 €

Bau-Boom in Gießen - für wen?

In Gießen wird gebaut - ohne Rücksicht auf Verluste. An die 1000 Wohnungen sollen entstehen einschließlich 50 Einfamilienhäuser: an der Lahn, dem RKH-Gelände, der Bergkaserne, am Schlachthof und in der Weststadt.

Hier geht es jedoch nicht um die notwendige Versorgung mit - möglichst preiswerten und kleinen Wohnungen, sondern um die im Kapitalismus übliche Spekulation. Ohne Rücksicht auf Umwelt und Natur wird investiert, um einen hohen Profit zu erwirtschaften. Diese Spekulanten werden vom Gießener Magistrat zu "Investoren" verklärt.

Menschen mit kleinem Einkommen können die Mieten von über tausend Euro in diesen Neubauten nicht bezahlen. Ständig steigende Mieten sind ein entscheidender Faktor für die zunehmende Armut.

Wenn der Magistrat von einer besseren Wohnraumversorgung spricht, dann stellt sich diese Aussage als Täuschung dar. Es fehlen Sozialwohnungen mit bezahlbaren Mieten. Für Menschen mit geringem Einkommen und all jenen, die auf Aufstockung wegen ihres geringen Einkommens angewiesen sind, genügt die Stadt Gießen den Anforderungen nicht, (Fortsetzung auf Seite 3)

Bosch-Kollegen: steter Kampf notwendig

Seit Jahren werden die Kolleginnen und Kollegen von Bosch Thermotechnik Lollar (Buderus) immer wieder erpresst: mit Kündigungs-Drohungen soll ihnen Lohnverzicht abgefordert werden.

Dass die Bosch-Beschäftigten kämpfen können, haben sie gerade in der Tarifrunde mit ihrer Beteiligung an den Warnstreiks bewiesen (wobei die die IGM auch in Hessen wieder einmal abschloss, ohne die Streikbereitschaft auszuschöpfen).

Aktuell verlangte Bosch eine Personalkostensenkung und drohte mit der Schließung der Gießerei.

Dies, obwohl Bosch TT seit Jahren schwarze Zahlen schreibt und Gewinne macht, die aber nicht - wie von Betriebsrat und Vertrauensleuten

gefordert - investiert, sondern kassiert wurden.

Das nun ausgehandelte Verhandlungsergebnis ist durchwachsen: Die Kolleginnen und Kollegen behalten ihr derzeitiges Gehalt, nehmen aber mehrere Jahre nicht an Lohnerhöhungen teil.

Bedenklich ist der vereinbarte Wechsel von Leistungslohn in Zeitlohn: dadurch werden die Belastungen durch Leistungsverdichtungen zunehmen.

Neue Kolleginnen und Kollegen werden für deutlich weniger Geld arbeiten müssen als die jetzigen bekommen. Bis 2023 sollen die Arbeitsplätze „sicher“ und betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen sein. Solche Ver- (Fortsetzung auf Seite 2)

Das große Karthago führte drei Kriege. Nach dem ersten war es noch mächtig. Nach dem zweiten war es noch bewohnbar. Nach dem dritten war es nicht mehr aufzufinden.

(aus: Offener Brief von Bert Brecht an die deutschen Künstler und Schriftsteller, 1951)



Inhalt:

DKP solidarisch mit Blockupy	S.2
Wieseckau/Gaspreis/Bürgerbeteiligg.	S.3
Streiks öff.Dienst/ Mierte + Hartz IV	S.4
"Pressefreiheit"/Petition f. Pille	S.5
Linke in Israel/LaGa-Schäden	S.6
Sowjetsoldatinnen/Leserbriefe	S.7
Termine/Ria Deeg	S.8

Für Frieden und Sozialismus!



DKP Hessen solidarisch mit Blockupy-Anmelder

Lieber Genosse Ulrich Wilken,
wir senden Dir unsere solidarischen
Grüße als dem Anmelder der Block-
upy Veranstaltung.

Genau jene, die Dich, die gesamte
Demonstration, Veranstaltung und
alle Teilnehmer zu diskreditieren ver-
suchen, sind es doch, die täglich
Gewalt in schlimmster und menschen-
verachtender Weise ausüben.

Das imperialistische Deutschland
führt Kriege, ermordet Menschen und
zerstört einen großen Teil der Le-
bensgrundlage der Bevölkerung.
Während hier heuchlerisch von Nach-
haltigkeit und der Schonung der Um-
welt und Natur gesprochen wird, wer-
den in Afghanistan, Syrien, Mali, Irak
und anderen Ländern Trinkwasser,
Pflanzen und damit Viehweiden zer-
stört.

Gerade Deutschland hat unter einer

SPD-geführten Bundesregierung
erstmals seit der Herrschaft der Fa-
schisten mit dem Krieg gegen Jugos-
lawien Gewalt schlimmster Art aus-
geübt. Selbst der ehemalige Bun-
deskanzler Schröder (SPD) musste
eingestehen, dass dieser Krieg als
völkerrechtswidrig zu bezeichnen ist.
Mit Beteiligung der EZB verelenden
Menschen, im Mittelmeer ersaufen
Flüchtlinge. In Griechenland, Spani-
en, Portugal und auch in Italien und
Frankreich herrscht riesige Arbeits-
losigkeit, die Jugend hat keine Pers-
pektive. Da ist es nicht verwunderlich
oderauch verständlich, wenn Gegen-
wehr sich entwickelt.

Wenn die Mächtigen, also die Vertre-
ter des Kapitals brüllen: In unserer
Demokratie darf es keine Gewalt ge-
ben, dann schreien jene zurück, die
unter dem Kapitalismus zu leiden

und nichts mehr zu verlieren haben.
Als in der Ukraine tausende auf dem
Maidan gegen die Herrschenden pro-
testierten, Barrikaden bauten, Stei-
ne und Brandsätze warfen, wurden
sie von den „westlichen“ Medien als
Helden gefeiert. Hier werden sie zu
Staatsfeinden gemacht.

Noch verspüren jene, die täglich Men-
schen Gewalt antun, nicht die nötige
Gewalt, um sie und das kapitalisti-
sche System zu verjagen.

Die Herrschenden wollen Dich, lieber
Ulrich und Deine Partei um Verzei-
hung bittend auf den Knien sehen.
Die DKP Hessen steht auf Eurer
Seite.

Der Widerstand geht weiter, z.B. bei
den Protesten gegen den G7-Gipfel.
Mit solidarischen Grüßen
Michael Beltz, Im Auftrag des Be-
zirkssekretariats Hessen der DKP

(Fortsetzung von Seite 1)

Bosch-Kollegen

sprechungen (auf acht Jahre!) sind
jedoch in der Regel wenig bis nichts
wert.

Hinzu kommt, dass die Beschäftig-
ten dann aus „alten“ und „neuen“ be-
stehen werden. Damit werden sie
gespalten und nach dem Motto „teile
und herrsche“ entsolidarisiert und
Tarifverträge werden unterlaufen.

Die abhängig Beschäftigten, die ihre
Arbeitskraft verkaufen müssen, um
ihren Lebensunterhalt zu sichern, sind
jeweils so stark, wie sie ihre Kampf-
bereitschaft geschlossen einsetzen
– und wie sie dabei von ihren Gewerk-
schaften unterstützt werden. Die herr-
schende Massenarbeitslosigkeit (die
durch Hartz IV und gefälschte Statis-
tiken vertuscht wird) stärkt die Unter-
nehmer, die die Situation skrupellos
ausnutzen, nicht nur bei Bosch TT.
Und die IGM, die sogar dem „Tarifein-
heitsgesetz“ zustimmen will, das die
Kraft der Gewerkschaften untergräbt,
hat seit Jahren den notwendigen
Kampfeswillen vermissen lassen. Den
Kolleginnen und Kollegen gilt unsere
Solidarität und Unterstützung, die
auch dadurch gezeigt werden sollte,
dass jeder an seinem Arbeitsplatz für
seine Rechte und für kämpferische
Gewerkschaften eintritt – bis über
den erarbeiteten gesellschaftlichen
Reichtum diejenigen bestimmen, die
ihn erarbeiten. Erika Beltz



Gewalt bei Demos – zweierlei Maß

Über 20.000 Menschen demonstrierten in Frankfurt gegen die Finanzpolitik der EU und die Macht der Banken, einige Hundert nutzten den Tag, um abseits von den offiziellen Umzügen und Kundgebungen zu randalieren. Wie viele davon von staatlichen Stellen gelenkte und bezahlte Provokateure waren, wird man nie erfahren. Die Berichterstattung im Hessischen Fernsehen interessierte sich kaum für die Forderungen der Demonstranten und die Inhalte der Redebeiträge, sondern fragte ihre Reporter immer wieder nach eventuellen Ausschreitungen – diese stellten regelrecht bedauernd fest, dass sie nichts dergleichen beobachten konnten. Als vor etwas mehr als einem Jahr ähnliche Bilder aus Kiew gesendet wurden – verummte, dort sogar bewaffnete Demonstranten, fliegende Steine und Brandsätze, Barrikaden – wurden die Beteiligten von den hiesigen Medien und Politikern als Freiheitshelden gefeiert. Die Ordnungskräfte, die viel schlechter ausgerüstet waren als die Polizisten hier, wurden für ihr Vorgehen gegen die „friedlichen Bürger“ gerügt. Ein Versammlungsgesetz, das (ähnlich dem deutschen) Vermummung und Bewaffnung verbot, musste auf Druck der EU-Regierungen wieder zurückgenommen werden. Gernot Linhart

Für den Erhalt der Wieseckau – stoppt den Förderverein Landesgartenschau

Die Schäden, die die LaGa verursachte, sind noch nicht behoben (s. S. 6, d. Red.), da droht neues Unheil. Im Februar versicherte Bgm. Weigel-Greilich noch, in der Wieseckau sollten nur „kleine, feine“ Veranstaltungen stattfinden. Jetzt ist die Katze aus dem Sack: Stadtparkfest im April, Landesturnfest (mit tausenden Teilnehmenden) im Mai, Sommerfest im Juni, Herbstfest im September, „Beach-Café“ für 200 Gäste...

Das Naherholungsgebiet verkommt zur Klamauk-Wiese, die Natur wird nachhaltig zerstört.

Der „Förderverein“ darf auch nach der LaGa sein schändliches Treiben fortsetzen; am 26. April will er mit der Stadt die Wieseckau umbenennen in „Stadtpark Wieseckau“, weil sich dafür in einer Umfrage 400 Menschen ausgesprochen hätten: eine lächerliche Zahl, vor allem, wenn man weiß, dass der Verein etwa gerade so viele Mitglieder hat. Und die OB macht wieder einmal gute Miene zum bösen Spiel. Solange dies fortgesetzt wird, solange muss und wird auch die BI „Stoppt diese Landesgartenschau“ für die Erhaltung der Natur eintreten – auch am 26. April.

Zudem hält die Stadt an ihrem Plan fest, den Uferweg zwischen Schwanenteich und Wieseck zu planieren, d. h. Entfernung jeglichen Bewuchses und Begradigung des Ufers – also genau das, was durch das Bürgerbegehren der BI verhindert worden war. Martina Lennartz

"Bürgerbeteiligung" jetzt auf dem Papier

Nur die Piraten stimmten – außer SPD/Grün – schließlich am 19. März im Stadtparlament für die verkorkste Satzung zur Bürgerbeteiligung, deren Rechtmäßigkeit noch vom Regierungspräsidium angezweifelt wird. Insbesondere die mangelnde Bereitschaft zu einer echten Bürgerbeteiligung in den vergangenen Jahren sprach dagegen.

Nicht nur im Zusammenhang mit der Landesgartenschau wurde der Bürgerwille vom Magistrat explizit missachtet.

Auch die Hektik, mit der das Machwerk durchgerungen wurde, überzeugte nicht, ebenso wenig wie die Tatsache, dass auch Nicht-Gießener und Kinder ab acht Jahre beteiligt werden sollen. Wie meist, wird es auch hier die Praxis weisen...

(Fortsetzung von Seite 1)

Bau-Boom in Gießen

Wohnraum zu schaffen. Sozialwohnungen werden nicht gebaut und für bestehende Sozialwohnungen, sofern der „Luxus“ aus mehr als einem Ofen besteht, ist die Miete nicht bezahlbar. „Wenn die städtische Wohnbau im letzten Jahr die 1.200 Wohnungen des Darmstädter Bauvereins kaufen sollte... müssen ja dafür die finanziellen Mittel vorhanden gewesen sein. Diesen Betrag könnte die Wohnbau nun für den Neubau von Sozialwohnungen verwenden.“ Darauf wies der Vorsitzende des Mietervereins Stefan Kaisers Anfang März in einer Pressemitteilung hin.

Zu den Menschenrechten gehören meiner Meinung nach: Nahrung, Wohnung, Gesundheitsversorgung und Anteil an Bildung und Kultur. Dies kann im Kapitalismus nicht garantiert werden. Michael Beltz



Runter mit dem Gaspreis!

Seit Jahrzehnten kennen es alle, die Erdgas beziehen: Wenn der Ölpreis steigt, kommt kurz darauf auch eine Erhöhung des Gaspreises. Im vergangenen Jahr aber ist der Ölpreis auf weniger als die Hälfte gefallen. Was passiert mit Gaspreis? Nichts! Die Preiskoppelung Öl – Gas scheint nur bei steigender Tendenz zu gelten. Ähnlich, wenn auch nicht ganz so krass, ist es bei den Stromtarifen. Sowohl der Börsenpreis für Strom als auch die sogenannte EEG-Umlage ist gesunken – am Strompreis aber hat sich nichts geändert. Die Stadtwerke machen Extraprofite und werden wieder mal einige Millionen Euro an die Stadtkasse abführen – auf Kosten der Gießener Bürger. Gernot Linhart

Tarifrunden im öffentlichen Dienst: Erpressung und Verweigerung

Bei den Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst der Länder fordern die Gewerkschaften ver.di, GdP, GEW und Beamtenbund Einkommensverbesserungen für die Beschäftigten von 5,5%, mindestens aber 175 Euro mehr im Monat. Die Tarifgemeinschaft deutscher Länder und das Land Hessen (2004 ist Hessen aus dem Arbeitgeberverband ausgetreten) zeigen sich jedoch stur. Trotz guter Konjunktur und noch rosigeren Aussichten lehnen sie die Forderungen wegen angeblich „leerer Kassen“ strikt ab.

„Schuldenbremse“ und „schwarze Null“ müssen einmal mehr dafür herhalten, wenn angemessene

Bezahlung für gute Arbeit verhindert und auf Kosten der Beschäftigten gespart werden soll. Aber es geht nicht nur um aktuelle Einkommensverbesserungen: Die betriebliche Altersvorsorge der Landesbeschäftigten soll kräftig gekürzt werden. Gehen die Gewerkschaften darauf nicht ein, legen die Länder erst gar kein Angebot vor, verhandeln nicht weiter. Das ist Erpressung!

Gleichzeitig stehen die kommunalen Bediensteten mitten in den Tarifverhandlungen. Sie fordern u. a. eine bessere Eingruppierung und dadurch eine höhere Bezahlung, was bislang kategorisch abgelehnt wird. Die qualifizierte päd-

agogische Arbeit in den Erziehungs- und Sozialberufen muss endlich auch finanziell aufgewertet werden!

Nicht nur in Hessen, auch in anderen Bundesländern haben die Gewerkschaften zu Warnstreiks aufgerufen. Viele haben sich schon beteiligt. Sollten in den Tarifgesprächen keine Erfolge für die Beschäftigten erreicht werden, kann es zu einer langen und harten Auseinandersetzung kommen. Die DKP solidarisiert sich mit allen Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst der Länder im Kampf um ihre berechtigten Interessen. Dazu gehören auch die Forderungen nach Einschränkung befristeter Arbeitsverträge sowie nach Verbesserungen für Auszubildende bei Bezahlung, Urlaub und Übernahme nach erfolgreichem Abschluss. Wir unterstützen die Beschäftigten in ihren Aktionen, damit der notwendige Druck erzeugt wird, der für die nächste Verhandlungsrunde nötig ist. R.Grabowski



Warnstreikende mit Fantasie, zwei von 500 Teilnehmern am 11. März in Gießen

Widerstand lohnt sich: Jobcenter muss volle Miete zahlen

Im Streit um die Kosten der Unterkunft hat ein Gießener Hartz-IV-Empfänger vor dem Sozialgericht Recht bekommen. Das Jobcenter befand die Bruttokaltmiete in Höhe von 378 Euro für die 52 Quadratmeter große Wohnung des Klägers für zu hoch. Lediglich rund 305 Euro seien „angemessen“. Innerhalb von sechs Monaten müsse er in eine günstigere Wohnung umziehen, sonst werden seine Leistungen um die übersteigenden 73 Euro gekürzt.

Da half dem Betroffenen auch nicht, dass er seine Heizkosten in Höhe von 72 Euro auf 50 Euro senkte – das Jobcenter bedankte sich mit einer Kürzung um 22 Euro! Da auch nach einem halben Jahr kein Umzug stattgefunden hat, erstattete das Amt jetzt nur noch die etwa 305 Euro für die Kaltmiete. Dagegen klagte der Betroffene vor dem Gießener Sozialgericht mit Erfolg.

Aber warum nur ist der 62-jährige, schwerbehinderte Langzeitarbeitslose nicht in eine günstigere Wohnung umgezogen? Genau hier liegt das Problem: Trotz intensiver Suche war es dem Kläger nicht gelungen, eine preiswertere Wohnung zu finden. Bei

fünf Wohnungsgesellschaften ließ er sich auf die Warteliste setzen, Anzeigen in Zeitungen und im Internet waren ergebnislos, Gespräche mit privaten Vermietern führten zu keinem Erfolg.



Das Jobcenter zeigt sich unbeeindruckt und präsentierte dem Gericht eine Liste mit 19 Wohnungsangeboten. Davon blieb bei genauer Betrachtung

nicht viel übrig, denn meist wurden nur die Nettokaltmieten angegeben. Nur sechs Wohnungen wären nach Hinzurechnung der Betriebskosten „möglicherweise“ passend. Dies seien zu wenige, befand das Gericht. Nun muss das Jobcenter die höheren Kosten auch rückwirkend komplett übernehmen.

Die Praxis des Gießener Jobcenters ist kein Einzelfall. Überall in Deutschland gibt es Betroffene, bei denen die Kosten für Unterkunft und Heizung nicht voll anerkannt werden. Die Mehrkosten müssen sie bei ihrem täglichen Bedarf einsparen, negative Folgen sind offenbar beabsichtigt. Daher kann sich eine Klage gegen diese Kürzungen auch für andere Betroffene lohnen.

Preisgünstige Wohnungen sind oft kaum vorhanden, da der soziale Wohnungsbau vernachlässigt wird und die Mieten ständig steigen. Auf Kosten der Bedürftigen wird gespart und profitiert – damit muss endlich Schluss sein! Deshalb fordern wir die Abschaffung von Hartz IV, bezahlbare Wohnungen und ein menschenwürdiges Leben für alle.

Rainer Grabowski



Petition zur kostenlose Pille für Hartz IV-Empfänger

Mit einer öffentlichen Bundestagspetition fordert Pro Familia die Kostenübernahme von Verhütungsmitteln: „Wir brauchen eine bundesweite dauerhafte Lösung für Menschen, die die Kosten für Verhütung nicht aus eigenen Mitteln bestreiten können. Denn jeder Mensch hat das Recht, unabhängig von seinem sozialen Status, die Verhütungsmethode zu wählen, die für ihn gesundheitlich verträglich ist und größtmögliche Sicherheit bietet.“ Bis 2004 hatte das Sozialamt die Kosten für Verhütungsmittel übernommen, die der Arzt verschrieb. Auch dies wurde mit Hartz IV gestrichen; nun gibt es gerade 17 Euro im Monat pauschal für „Gesundheitspflege“.

Die Bundestagspetition „Kostenfreie Verhütungsmittel für Menschen mit geringem Einkommen“ kann hier unterzeichnet werden: https://petitionen.bundestag.de/content/petitionen/_201502_23/Petition_57650.html

Pressefreiheit ohne freie Presse

Ulrich Janssen, Betriebsratsvorsitzender der Nordwest-Zeitung in Oldenburg, macht sich große Sorgen um die Pressefreiheit in Deutschland (Ver.di-Zeitung publik, Feb. 2015). Und das zu Recht. Das kapitalistisch geeinte Deutschland stellt sich täglich als gelungene Demokratie dar, geradezu als Vorbild für Europa und die Welt. Zur Demokratie gehören Medienfreiheit und Medienvielfalt und darum ist es bei uns schlecht bestellt. Da lesen bei uns Millionen Menschen allein die Bild-Zeitung, mit der sie permanent und systematisch verdummt werden, indem sie dort mit für sie völlig bedeutungslosem Quark gefüttert werden. Geht es um Politik, dann werden von Bild im Dauerbeschuss Kampagnen losgetreten wie gegen Russland und Griechenland. Das setzt sich auf etwas höherem Niveau in der übrigen bürgerlichen Presse fort. Inzwischen geht das so weit, dass durch die Bank weg nur noch Bilder von Präsident Putin gezeigt werden, auf denen er entweder aggressiv oder dämlich erscheint.

Da wurde der Warschauer Pakt aufgelöst, aber die Nato rückte an die Grenzen Russlands heran und begann mit der Einkreisung des Landes. Da installiert die Nato Raketen an Russlands Grenzen, die angeblich ausschließlich gegen den Iran gerichtet sind, denn böse Absichten gegen Russland lägen dem Westen ja völlig fern. Bismarcks Politik war sicherlich nicht frei von Aggressivität, aber dass die andere Seite schöne Worte für realer nehmen soll als harte Tatsachen, wäre ihm nicht im Traume eingefallen. Und dann das Beispiel Griechen-

land. Es geht in der Presse und in Fernsehrunden ausschließlich um Deutschlands Stellung als übermächtiger Gläubiger. Die Leiden des griechischen Volkes werden höchstens einmal am Rande erwähnt. Sogleich ist man wieder beim Anliegen des deutschen Kapitals: Griechenland – wie Italien, Spanien usw., Frankreich wird aus Höflichkeit nur andeutungsweise erwähnt – sollen soziale Einrichtungen weiter abbauen, um ihre Verschuldung zu senken. In Griechenland wurden seit 2009 bereits gewerkschaftliche Rechte abgeschafft, so das Recht auf Tarifverhandlungen. In den letzten Jahren kam es zur Katastrophe. Die Arbeitslosigkeit der Jugendlichen liegt bei 55%. Millionen Beschäf-

tigte warten monatelang auf ihren gesenkten Lohn. Die Zahl der arbeitslosen Menschen ist heute größer als die der Arbeitenden. Bei einem Wirtschaftswachstum von jährlichen 3% braucht Griechenland 30 Jahre, um wieder auf die Arbeitslosenzahlen von 2009 zu kommen. Ist es ein Wunder, dass da Erinnerungen an die Zeit der faschistischen deutschen Besatzung hoch kochen, als für die Menschen in Athen Brotrationen von 92 Gramm täglich galten, weil die Lebensmittel der Kriegführung der Naziwehrmacht zugeführt wurden und der Bank von Griechenland ein Kredit für das Deutsch Reich im heutigen Wert von etwa 30 Milliarden Euro abgepresst wurde? Aber das ist ja alles kein Thema für unsere ach so freie und demokratische Presse.

Klaus Mewes



Widerstand in Griechenland - unter diesem Motto fand im Dachsaal des Gewerkschaftshauses eine Diskussionsveranstaltung statt. Elengo Manoussaki aus Athen berichtete davon, wie sich nach den von der EU-Troika befohlenen radikalen Sozialkürzungen Widerstand und Solidarität entwickelten. Nach dem Wahlsieg der Linkspartei Syriza gebe es neue Hoffnungen für die Bevölkerung; auf Grund der sturen Haltung der anderen EU-Länder, vor allem der deutschen Bundesregierung, sei die Lage aber sehr kompliziert. Unser Bild zeigt in der Mitte die Referentin, links die DGB-Jugendsekretärin A.L. Gerhardt, rechts Ulf Immelt, ebenfalls DGB-Sekretär. G.L.

Zur Situation der israelischen Linken

Am 4. März veranstaltete das Antifa-Plenum Gießen einen Diskussionsabend zur aktuellen Lage der israelischen Linken. Referentin war Jasmin Wagner, eine israelische politische Aktivistin, welche wegen ihres Engagements gegen Militarismus und Nationalismus Ärger mit der israelischen Justiz bekam. Vor 4 Jahren emigrierte sie deshalb nach Deutschland. Ihr Großvater väterlicherseits war ein Überlebender des Holocaust. Über vierzig Personen folgten dem interessanten Vortrag. Dieser spannte einen weiten Bogen von der herausragenden geostrategischen Bedeutung der Region, über die Entstehung des Zionismus, als reaktiven Nationalismus, auf die antijüdischen Pogrome des 19. Jahrhunderts. Es folgte die Darstellung der israelischen Staatsgründung als eine Reaktion auf den Holocaust, den britischen Imperialismus und die Etablierung des Zionismus als Staatsideologie. Die israelische Gesellschaft ist zutiefst gespalten. Es besteht ein gravierender Widerspruch zwischen nicht religiösen und religiösen Israelis, was dazu führt, dass viele Bereiche der Gesellschaft religiösen Regeln unterworfen sind und die Differenz zwischen rechtem (Menachem Begin, Likud) und linkem Zionismus (Ben Gurion, sozialdemokratische Arbeitspartei) größer wird.

Die neue Linke in Israel entstand nach dem Sechs-Tage-Krieg von 1967. Im Mittelpunkt steht nicht die soziale Frage, sondern die des Friedens und des Ausgleichs mit der vertriebenen palästinensischen Bevölkerung. Die israelische Linke bezeichnet die Politik des Staates Israel im Bezug auf die besetzten Gebiete und die arabische Bevölkerung als eine Politik der Apartheid, die gekennzeichnet ist durch Siedlungsbau, Militarismus, eine Folge von Kriegen und den Bau von Sperranlagen. Die neue israelische Linke ist zersplittert. Es geht um den Kampf gegen die Besetzung sowie um Antizionismus, Antimilitarismus, Pazifismus, Atheismus, Schwulenbewegung, Umweltbewegung, anarchistische und sozialistische Orientierungen.

Die sozialen Proteste 2011/2012 und aktuell im März 2015 machen deutlich, dass die Linke in Israel die soziale Frage wieder stärker mit den anderen Themen verbinden muss. Die aktuelle Wahl in Israel brachte einen Erfolg für die - alte - Linke. Als „Vereinte Liste“ (incl. Kommunistische Partei, linkssozialistische, Chadasch, Vereinigte Arabische Liste, arabischnationalistische Balad-Partei) erhielt sie aus dem Stand 10,98%, dies entspricht 13 Sitzen in der Knesset.

Henning Mächerle

Erreichbar ist das Antifa Plenum Gießen unter der E-Mail: info@antifa-plenum-giessen.org und bald unter: www.antifa-plenum-giessen.org.

**UZ-Sozialistische
Wochenzeitung der DKP**
UZ Woche für Woche
antikapitalistisch!

**10 Wochen
kostenlos testen**
CompressVerlag, Hoffnungs-
Str. 18, 45127 Essen
info@unsere-zeit.de

Auch beim Umweltpreis getrickst

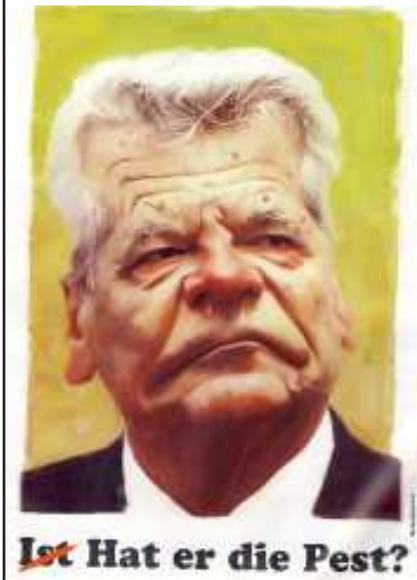
Am 26.3. wurden die Träger zur Verleihung des diesjährigen Umweltpreises beschlossen. Der von Martina Lennartz eingereichte Vorschlag, den Dipl.-Biologen Dietmar Jürgens für sein viele Jahre andauerndes ehrenamtliches Engagement für die Vogelwelt in der Wieseckau zu ehren, wurde von vornherein abgelehnt und ausgeschlossen: der Vorschlag sei „politisch“ und entbehre „sozialen Kriterien“ (obwohl die gar nicht vorgesehen sind). Besonders ins Zeug hatte sich auch hier wieder Bgm. Weigel-Greilich gelegt, aber auch die anderen Jury-Mitglieder folgten ihr brav – bis auf Michael Beltz, Vertreter der Linkspartei.

Nur 3 von 23 "Hinterlassenschaften" der LaGa in der Wieseckau



Einen bitterbösen Offenen Brief hat ein Lollarer Arzt an die Hauptverantwortlichen der LaGa-Schäden, OB Grabe-Bolz und Bgm. Weigel-Greilich geschrieben und eine CD beigelegt, auf der die hässlichen „Hinterlassenschaften“ der LaGa dokumentiert sind. Darin fragt er: „Aus welchen Mitteln gedenken Sie... die hinterlassenen ökologischen Schäden, Verwüstungen, Verschmutzungen, Verschandelungen zu beseitigen...?“ Sowie: „Und was soll da wohl an der von Ihnen inaugurierten Katastrophe ‚sozial‘ sein (man denke nur an die dadurch bedingte schamlose Erhöhung der Grundsteuer!) und was ‚grün‘ ??? ‚Sozial‘ war an diesem ‚Geschäft‘ ja wohl vordringlich nur, dass sich die verantwortlichen Organisatoren und Funktionäre erst mal selber die eigenen Taschen vollstopfen könnten...“ – „Es bleibt nur Wut, Trauer, Kopfschütteln, Entsetzen. Sie haben nicht nur ein wertvolles Biotop schwer geschädigt, sondern auch die Stadt Gießen in ein weiteres finanzielles Desaster gestürzt!“

Impfmuffel des Monats



Leserbriefe

Die Grausamkeiten des Herrn Schäuble

Die BRD entpuppt sich mit Finanzminister Schäuble als Scharfmacher innerhalb der EU. Zunächst setzte er durch, dass Griechenland das Austeritätsprogramm 4 Monate weiter verfolgen müsse, als ob es möglich wäre, in dieser Zeit die angehäuften Schuldenlast zu tilgen. Das Problem ist in erster Linie kein Schuldenproblem, sondern existiert aufgrund der EU-Konstruktion. Von der neuen griechischen Regierung soll und wird dies nicht gelöst. Dann verweigerte Schäuble die Zahlung der Reparationsschulden, die seit dem 2. Weltkrieg bestehen. Ein Schuldenschnitt wird ausgeschlossen. Der Charakter dieses Mannes wird deutlich. So sagte Schäuble, dass es richtig sei, „einen Menschen auf bloßen Verdacht hin zu erschießen“, auch wenn dieser unschuldig sei. Und wo sind die 100.000 Euro geblieben, die der Rüstungslobbyist Karlheinz Schreiber ihm zusteckte? Letzterer wurde wegen Steuerhinterziehung rechtskräftig verurteilt. Schäuble gibt das Geld nicht heraus, was sich in den letzten Jahren wegen nicht abgewickelter Geschäfte der Bundeswehr mit der Industrie angesammelt hat. Allein 2013 waren dies 1,3 Mrd. Euro. Der

8. Mai: Sowjetsoldatinnen im Befreiungskampf

Am 8. Mai 2015 jährt sich der Tag der Befreiung vom Hitlerfaschismus zum 70. Mal. Die Hauptlast der Bekämpfung des Faschismus hatte die Rote Armee der Sowjetunion zu tragen. In den bewaffneten Formationen, Rote Armee oder Partisanenbewegung, hatten sich auch mindestens 800.000 Frauen freiwillig gemeldet und waren als Scharfschützin, Pilotin, Fernmeldeoffizierin, Kommandeurin von MG-Kompanien am Sieg der Roten Armee beteiligt.

Gerade Frauen zwischen 15 und 25, geboren nach der Oktoberrevolution, wollten sich an der Verteidigung des jungen Sowjetstaates beteiligen. In einem Lagebericht der deutschen Wehrmacht von 1942 heißt es: „Der gefährlichste Jahrgang ist der zwischen 17 und 21 Jahren. Dieser ist wohl zu 99 % verseucht und sollte von der Liste der Lebenden gestrichen werden“. Besonders bei den Nazi-Soldaten gefürchtet waren die sowje-

tischen Scharfschützzinnen. Exemplarisch die Scharfschützin Sascha Schljachowa; ihr gelang es, mehr als 300 deutsche Soldaten per Kopfschuss zu töten.

Posthum wurde die erst 18-jährige „Partisanen-Tanja“ als Symbol für außergewöhnlichen Einsatz gegen die deutschen Invasoren in der Sowjetunion gewürdigt.

Soja Anatoljewna Kosmodemjanskaja, Angehörige des Jugendverbandes Komsomol, meldete sich an der Moskauer Oberschule freiwillig für die Partisanenarbeit. Ihre Aufgabe war es, Häuser, in denen die deutsche Wehrmacht Quartier bezogen hatte, in Brand zu setzen. Bei einem dieser Einsätze wurde sie gefangen genommen, wo sie trotz langer Verhöre und Folter keine Informationen herausgab. Sie wurde Ende 1941 hingerichtet, ihr Leichnam blieb als Warnung auf dem Dorfplatz liegen.

Sabine Albrecht

SPD-Bundestagexperte Stegner sprach berechtigt von einem „Überbietungswettbewerb“ (WR2, 2.3.). Stattdessen genehmigt Schäuble zusätzlich 8 Mrd. Euro für die Bundeswehr. Schließlich sind wir wieder wer! Im Schießen! Die Armut in eigenem Land wird nicht bekämpft!

Uwe Moldenhauer

Zum Tarifabschluss der IGM

Für einen Tarifvertrag, der ohne jegliche Aktionen und Kampfmaßnahmen verhandelt wurde, ist das Ergebnis halbwegs o.k. Der Skandal ist, dass die Hauptamtlichen der IGM alles dafür getan haben, einen Arbeitskampf zu verhindern. Sie haben nahezu alle betrieblichen Funktionäre dermaßen eingeschüchtert, dass kein Aufbegehren gegen die Erpressung mit Ultimatum zum 18.3. stattfand. Das Unternehmen greift in allen Bereichen die Löhne an und ausgerechnet Lollar, der einzige kampfstärke Betrieb der Thermo-Technik, verzichtet ohne Gegenwehr. Ein gutes Beispiel, welche üble Rolle die Gewerkschaften in diesem System spielen. Viele ältere Kollegen sagen: „Theo würde sich im Grab rum drehen, wenn er diese Schande ansehen müsste.“ – Mein Vorschlag zur Mitgliederwerbung: Lasst Euch nicht verarschen, kommt in die IGM-Metall und verarscht Euch selbst!

Werner Bastian



Redaktionsschluss für Mai-Echo: Mo., 20.4.2015

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 20 € im Jahr (inkl. Versandkosten). Konto: Nr. 193070 Sparkasse Gießen, BLZ 51350025 bzw. IBAN: DE75 5135 0025 0000 1930 70, BIC SKGIDE5F. Druck: Druckkollektiv

Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: dkp@dkp-giessen.de

Im Internet: www.dkp-giessen.de
Ich möchte:
 das Gießener Echo abonnieren
 das Gießener Echo online (pdf) abonnieren

Name:

Adresse:

e-mail:



Veranstaltung zum 1. Mai



Dienstag, 28. April, 19 Uhr, Café Amelie, DGB-Haus, Walltorstr.17
mit dem III. Sekretär der kubanischen Botschaft Berlin

Alberto Berbes
im Anschluss Lieder von
Ernst Schwarz

Veranstalter: DKP Gießen und SDAJ Gießen/Marburg

**Widerstand
gegen Hartz IV**
montags 18 - 19 Uhr,
bei den 3 Schwätzern

**Wir bitten um
Überweisung der
Abo-Gebühren**

Und wir bitten um Spenden. Die benötigen wir dringend, um das Gießener Echo auch in Zukunft in dieser Auflage herausbringen zu können. Diese Bitte richtet sich auch an unsere Online-Leser. Das Gießener Echo ist verlässlicher Partner im Kampf gegen Krieg und Sozialabbau, gibt Informationen, die andere verschweigen und unterstützt viele Gießener Organisationen und Initiativen in ihrer Arbeit. Wir erinnern: Spenden an politische Parteien können von der Steuer abgesetzt werden. Das Finanzamt erstattet 50% des gespendeten Betrages.

**Sparkasse Gießen, IBAN: DE75
5135 0025 0000 1930 70**



Programm und Infos hier: www.festival-der-jugend.de

Wetzlar

Keine Faschisten in der Ukraine?

Diskussionsveranstaltung mit dem Junge Welt-Journalisten und Autor

Reinhard Lauterbach

Freitag, 8. Mai, 20 Uhr, Tafelladen der Ev. Kirche, Bahnhofstraße

Veranstaltet von **DKP Wetzlar und SDAJ Gießen/
Marburg zum 8. Mai – Tag der Befreiung.**

Beschämendes Gerangel um Ria Deeg

Die fällige Ehrung der Gießener antifaschistischen Widerstandskämpferin Ria Deeg mit einer Stele in der Plockstraße wurde ein weiteres Mal vom Stadtparlament abgelehnt und an eine Kommission abgeschoben. Da die Verdienste von Ria Deeg unumstritten sind und von zahlreichen Persönlichkeiten, darunter auch der frühere CDU-OB Haumann, ausdrücklich gewürdigt wurden, fiel es den Stadtverordneten schwer, den Antrag der Linksfraktion ganz abzulehnen. Insbesondere Stv. Wagener, CDU, die noch vor vier Jahren betonte, mit dieser Ehrung „renne man bei ihr offene Türen ein“, grub nun ein TV-Interview von 1991 aus, um Ria Deeg als unwürdige „Stalinistin“ zu diskreditieren. Prof. Reimann stieß mit seinem Leserbrief vom 25.2.15 ins gleiche Horn. Dazu ist anzumerken: Ria Deeg hat sich von dieser Sendung, in der von 300 aufgezeichneten Minuten gerade 5 gebracht wurden, wobei ihre Worte aus dem Zusammenhang gerissen und die Zusage einer vorherigen Einsichtnahme nicht eingehalten wurden, distanziert (nachzulesen im Gießener Echo, Februar 1992). Es ist blamabel für die derzeitige SPD-Grüne Koalition, dass sie dem Antrag zur Errichtung einer Stele für Ria Deeg in der Plockstraße nicht zustimmten; 1987 hatte die gleiche Koalition mit OB Mutz Ria Deeg mit der Goldenen Ehrennadel, der höchsten Auszeichnung der Stadt Gießen geehrt. Das Ensemble zum Gedenken antifaschistischer Frauen in der Plockstraße, ist keineswegs, wie Stv. Wagener meinte, „in sich abgeschlossen“, sondern im Gegenteil: es ist ohne Ria Deeg, die aktiv den Faschismus bekämpft hat und dafür Jahre im Zuchthaus eingesperrt war, unvollständig. Dieses Gerangel im Stadtparlament ist insbesondere am Vorabend des 70. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus beschämend. Erika Beltz

Sie lügen wie gedruckt.
Wir drucken, wie sie lügen.

3 WOCHEN GRATIS!

Das Magazin **junge Welt**

www.jungewelt.de/testabo
Abotelefon: 030 53 63 55 50

8. Mai 1945
**70 Jahre Befreiung
vom deutschen
Faschismus**

NIE WIEDER KRIEG!
**NIE WIEDER
FASCHISMUS!**

Wir sagen Danke!

DKP dkp.de
Deutsche Kommunistische Partei